

## **Antrag**

**des Abg. Thomas Dörflinger u. a. CDU**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Verkehr**

### **Planung von Straßen und Radwegen in der Straßenbauverwaltung**

#### Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wie viele Personalstellen im Bereich der Planung von Straßen und Radwegen in den Jahren seit 2016 jeweils und insgesamt geschaffen wurden;
2. wie diese Stellen auf die vier Regierungspräsidien und das Ministerium für Verkehr verteilt wurden;
3. wie sich die Zahl der tatsächlich besetzten und unbesetzten Stellen seit 2016 entwickelt hat;
4. wie sich die Einstellung des Stellenabbaus in den Regierungspräsidien („1480er-Programm“) auf die Zahl der Stellen in der Straßenbauverwaltung ausgewirkt hat;
5. wie viele Stellen bislang auf die Autobahn GmbH des Bundes übergegangen sind;
6. wie sich die Tätigkeit der Planer in den Regierungspräsidien auf die Bereiche Landesstraßen, Bundesstraßen und Radwege aufteilt;
7. wie sich die zur Verfügung stehenden Mittel für die Planung und Bauüberwachung seit 2016 entwickelt haben;
8. wie sie vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Ressourcen den Umsetzungshorizont der im Bundesverkehrswegeplan 2030 enthaltenen Maßnahmen beurteilt;

9. wie sie vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Ressourcen den Umsetzungshorizont der im Maßnahmenplan Landesstraßen enthaltenen Maßnahmen beurteilt;
10. wie sie vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Ressourcen den Umsetzungshorizont der in Bauträgerschaft des Landes befindlichen Maßnahmen aus dem RadNetz sowie bei den Radschnellverbindungen beurteilt.

20.10.2021

Dörflinger, Bückner, Hartmann-Müller,  
Mayr, Dr. Pfau-Weller, Schuler CDU

### Begründung

In der 16. Legislaturperiode wurden zahlreiche Stellen für die Straßenbauverwaltung geschaffen. Auch die Mittel für die Planung und Bauüberwachung wurden mehrfach verstärkt. Mit dem Antrag soll die Entwicklung der tatsächlich besetzten Stellen sowie der verfügbaren Planungsmittel sowie der Umsetzungshorizont für die im Bundesverkehrswegeplan 2030 sowie im Maßnahmenplan Landesstraßen enthaltenen Projekte erfragt werden.

### Stellungnahme\*)

Mit Schreiben vom 9. Dezember 2021 Nr. VM2-0141.5-9/9/3 nimmt das Ministerium für Verkehr zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

- 1. wie viele Personalstellen im Bereich der Planung von Straßen und Radwegen in den Jahren seit 2016 jeweils und insgesamt geschaffen wurden;*
- 2. wie diese Stellen auf die vier Regierungspräsidien und das Ministerium für Verkehr verteilt wurden;*
- 3. wie sich die Zahl der tatsächlich besetzten und unbesetzten Stellen seit 2016 entwickelt hat;*

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammengefasst beantwortet.

In den Regierungspräsidien wurde der Bereich Planung von Straßen und Radwegen in den Jahren von 2016 bis 2020 mit insgesamt ca. 30 Vollzeitäquivalenten verstärkt. Dem Ministerium für Verkehr wurden insoweit keine Stellen zugeteilt. Die tatsächliche Personalausstattung im Bereich Planung von Straßen und Radwegen in Vollzeitäquivalenten seit dem Jahr 2016 sind in der beigefügten *Anlage 1* dargestellt.

---

\*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Die zur Besetzung anstehenden offenen Stellen für Planerinnen und Planer im Bereich Straßen und Radwege belaufen sich zum Stichtag 30. Oktober 2021 auf 27,5 Stellen. Die Besetzung gestaltet sich schwierig. Zum Teil wurden Stellen bereits wiederholt ohne Erfolg ausgeschrieben. Zu nicht besetzten Stellen im Bereich Planung im Zeitverlauf kann keine Aussage getroffen werden, da es sich bei der Straßenbauverwaltung um eine Mischverwaltung handelt und der Aufwand für eine Erhebung unverhältnismäßig groß wäre.

*4. wie sich die Einstellung des Stellenabbaus in den Regierungspräsidien („1480er-Programm“) auf die Zahl der Stellen in der Straßenbauverwaltung ausgewirkt hat;*

Als Folge des 1480er-Stellenabbauprogramms reduzierte sich die Zahl der Vollzeitäquivalente in den Jahren 2011 bis 2013 um rund 77 Vollzeitäquivalente. Im Oktober 2020 waren bei den Regierungspräsidien 169,5 Vollzeitäquivalente mehr eingesetzt als im Oktober 2013. Voraussetzung für den Personalaufwuchs war die Schaffung entsprechender Neustellen bei den Regierungspräsidien zur Umsetzung der Investitionsoffensive Straßen.

*5. wie viele Stellen bislang auf die Autobahn GmbH des Bundes übergegangen sind;*

Insgesamt sind aus der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg auf Basis des Fernstraßenüberleitungsgesetzes (FernstrÜG) 784 Personen mit insgesamt 753,93 VZÄ zum Bund gewechselt, davon 148 Beamtinnen und Beamte mit 141,99 VZÄ, im Tarifbereich ohne Betriebsdienst 154 Personen mit 143,25 VZÄ und im Betriebsdienst 482 Tarifbeschäftigte mit 468,69 VZÄ.

Insbesondere wegen der Autobahnreform stehen den Regierungspräsidien ab 2021 im Bereich Planung von Straßen und Radwegen entsprechend der *Anlage 1* ca. 30 Vollzeitäquivalente weniger zur Verfügung als 2020.

*6. wie sich die Tätigkeit der Planer in den Regierungspräsidien auf die Bereiche Landesstraßen, Bundesstraßen und Radwege aufteilt;*

Insoweit wird auf die *Anlage 1* verwiesen. Eine weitere Aufteilung zwischen Landesstraßen und Radwege ist nicht möglich, da es sich bei der Straßenbauverwaltung um eine Mischverwaltung handelt und der Aufwand für die Erhebung unverhältnismäßig groß wäre. Eine strikte Trennung von Straßen- und Radwegeplanung ist im Rahmen der Mischverwaltung auch nicht die Regel. Soweit möglich und umsetzbar, werden Straßen und Radwege zusammen gedacht und geplant.

*7. wie sich die zur Verfügung stehenden Mittel für die Planung und Bauüberwachung seit 2016 entwickelt haben;*

Die Ist-Ausgaben für Planungsleistungen im Bereich der Landesstraßen und Bundesfernstraßen sowie der Radwege stiegen insgesamt von ca. 51 Mio. Euro 2016 auf ca. 73 Mio. Euro im Jahre 2020 (51,3 Mio. Euro, 63,8 Mio. Euro, 67,8 Mio. Euro, 74,8 Mio. Euro und 72,9 Mio. Euro). Die Ist-Ausgaben sind aufgrund von notwendigen Verstärkungen aus anderen Titeln höher als der jeweilige Haushaltsansatz. Für 2021 liegen noch keine Zahlen vor.

- 8. wie sie vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Ressourcen den Umsetzungshorizont der im Bundesverkehrswegeplan 2030 enthaltenen Maßnahmen beurteilt;*
- 9. wie sie vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Ressourcen den Umsetzungshorizont der im Maßnahmenplan Landesstraßen enthaltenen Maßnahmen beurteilt;*
- 10. wie sie vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Ressourcen den Umsetzungshorizont der in Bauträgerschaft des Landes befindlichen Maßnahmen aus dem RadNetz sowie bei den Radschnellverbindungen beurteilt.*

Die Fragen 8, 9 und 10 werden im Gesamtzusammenhang beantwortet:

Zur Planung und Bau der in den Programmen verankerten Straßen- oder Radwegemaßnahmen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen stehen 2022 Finanzmittel in ausreichender Höhe zur Verfügung. Handlungsbedarf besteht aus Sicht des Ministeriums für Verkehr in Bezug auf die Personalausstattung in der Straßenbauverwaltung, da für die Umsetzung der Mittel eine hinreichende Anzahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erforderlich ist.

Das Verkehrsministerium erstellt derzeit eine Bedarfskonzeption für die Umsetzung in der Erhaltung. Dabei wird auch der Bedarf an Personalstellen der Straßenbauverwaltung für die nächsten zehn Jahre ermittelt.

Hermann  
Minister für Verkehr

Anlage 1 Frage 6

Antrag 17/ 1027

## Zu den Fragen 1, 3, 5 und 6 - Planerinnen und Planer bei den Abteilungen 4 der Regierungspräsidien

Anlage 1

Bezeichnung	RPF	RPK	RPS	RPT	RPen
VZA BWWP 30.04.2016	19,9	24,8	47,2	16,9	108,8
VZA BWWP 30.04.2017	22,7	23,6	47,6	17,6	111,5
VZA BWWP 30.04.2018	28,2	23,3	49,8	22,0	123,3
VZA BWWP 30.04.2019	27,8	26,7	51,6	23,3	129,4
VZA BWWP 30.04.2020	26,4	29,2	50,3	22,8	128,7
<b>VZA BWWP 30.10.2021</b>	<b>21,9</b>	<b>20,5</b>	<b>39,0</b>	<b>24,1</b>	<b>105,5</b>
VZA Landesstraße/Radinfrastruktur 30.04.2016	9,2	16,5	18,3	6,4	50,4
VZA Landesstraße/Radinfrastruktur 30.04.2017	11,4	15,7	17,6	7,2	51,9
VZA Landesstraße/Radinfrastruktur 30.04.2018	11,3	15,5	16,4	9,0	52,2
VZA Landesstraße/Radinfrastruktur 30.04.2019	11,4	17,8	18,6	8,0	55,8
VZA Landesstraße/Radinfrastruktur 30.04.2020	12,5	19,5	20,3	8,7	61,0
<b>VZA Landesstraße/Radinfrastruktur 30.10.2021</b>	<b>10,1</b>	<b>15,6</b>	<b>20,3</b>	<b>8,9</b>	<b>54,9</b>
VZA insgesamt 30.04.2016					159,2
VZA insgesamt 30.04.2017					163,4
VZA insgesamt 30.04.2018					175,5
VZA insgesamt 30.04.2019					185,2
VZA insgesamt 30.04.2020					189,7
<b>VZA insgesamt 30.10.2021</b>					<b>160,4</b>

## Hinweise:

- \* Daten für PlanerInnen aus den Ref. 43 (Ingenieurbauwerke), Ref. 44 (Genehmigungs-, Straßen- und Landschaftsplanung), Ref. 47 (Ausführungsplanung inkl. Landschaftsplanung)
- \* Aussagen zu den VZA und unbesetzten Stellen bzw. Stellenanteile beziehen sich auf einen Stichtag (30.04. eines Jahres bzw. 2021 auf den 30.10.)
- \* Zum 01.01.2021 ging die Verwaltungszuständigkeit an BAB auf den Bund über
- \* Abgrenzung Bundesfernstraßen gegenüber Landesstraßen/Radinfrastruktur aufgrund Mischverwaltung im Wege einer fundierten Schätzung

Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg  
Abteilung 2